Zeitschrift: Schweizer Schule

Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz

Band: 62 (1975)

Heft: 7-8: Das Projekt einer Hochschule Luzern

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Grosse Unterschiede im Stipendienwesen

1974 schwankten die maximalen Stipendienleistungen für ledige Hochschüler in den Kantonen zwischen 2860 und 16 200 Franken. Diese Unterschiede sind stossend und rufen nach einer gesamtschweizerischen Harmonisierung. Die Stipendienfrage in der Schweiz in Zusammenarbeit von Bund und Kantonen einer Lösung entgegenzuführen, ist u. a. die Aufgabe der von der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz eingesetzten Stipendienkommission. Diese hat im ersten Jahr ihrer Tätigkeit, wie ihr Präsident, Regierungsrat Ernst Rüesch, St. Gallen, in einem Artikel im «St. Galler Tagblatt» ausführt, eine umfassende Bestandesaufnahme im heutigen Stipendienwesen durchgeführt. Gleichzeitig wurden Erhebungen über die Studien- und Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Landesteilen und in den einzelnen Studienrichtungen gemacht. Im weiteren ist die Kommission daran, Thesen für die Weiterentwicklung des Stipendienwesens auszuarbeiten. Diese werden der Erziehungsdirektorenkonferenz vorgelegt und nachher an das Eidgenössische Departement des Innern und an die Kantone weitergeleitet.

CH: Gegen Invasion fremder Studenten

Strengere Massnahmen und Vorschriften sowohl für die Erteilung von Visa als auch von Arbeitsbewilligungen für ausländische Studenten werden in den nächsten Wochen in Kraft treten. Dies kündigte der Direktor der Eidgenössischen Fremdenpolizei, Guido Salati, gegenüber DDP an. Welcher Art diese verschärften Bestimmungen sein werden, könne aber im jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Auf Ende März stellte Solari ein Kreisschreiben zur Neuregelung an die schweizerischen Gesandtschaften und an die kantonalen Behörden in Aussicht.

Die Gründe für die angekündigten Massnahmen dürften einerseits bei den zunehmenden Schwierigkeiten für schweizerische Studenten, eine Teilzeitarbeit zu finden, und andererseits bei den Erfahrungen mit ägyptischen Studenten im letzten Sommer zu suchen sein. Damals kamen einige tausend Hochschüler aufgrund von Inseraten in die Schweiz, um zu arbeiten, wobei aber viele keine Arbeit fanden.

CH: Esperanto in den Schulen?

Eine Gruppe von ungefähr 45 Lehrern aus der Westschweiz und aus dem Jura hat eine Kampagne gestartet, mit dem Ziel, die Sprache Esperanto in den Lehrplan aufzunehmen. Nach Ansicht der Initianten ist die 120 000 Wörter reiche Sprache für die Rolle einer internationalen Sprache sehr geeignet. Sie könne jedoch nie bekannt gemacht werden, wenn sie in den Schulen nicht gelehrt werde. Einer der Verantwortlichen der Kampagne «Esperanto in die Schulen», Olivier Tzaut, Lehrer aus dem jurassischen Mont-Soleil, habe zu diesem Zweck bereits mit den Erziehungsdirektoren der Kantone Genf und Bern Kontakt aufgenommen.

CH: Besorgt um Dynamik der Hochschulen

Der Verband der Mittelbauvereinigungen an Schweizer Hochschulen (VMSH) hat zur Lage an den Hochschulen Stellung genommen. Die Assistenten begreifen, dass in der gegenwärtigen Finanzkrise überall Kürzungen vorgenommen werden müssen. Sie bedauern aber das Nachlassen der eidgenössischen Solidarität, die sich darin äussert, dass jeder Abstriche nur bei den andern zulassen will.

Weiter befürchten die Assistenten, dass durch das Fehlen der notwendigen finanziellen Mittel die Dynamik der Hochschulen verlorengehen könnte, da Neuentwicklungen und Verbesserungen abgewürgt werden. Insbesondere hoffen sie, dass die Nichthochschulkantone, welche sich mit Neugründungen befassen, sich nicht entmutigen lassen, sondern ihre Bemühungen fortsetzen. Im Falle einer wirklichen Rezession müssten gerade im Bereich von Bildung und Forschung vermehrte Anstrengungen unternommen werden, damit unser Land in der Weltwirtschaft überhaupt bestehen könne.

ZH: Zürcher Studenten zur Hochschule Luzern

Der Delegiertenconvent der Studentenschaft der ETHZ und der Grosse Studentenrat der Universität Zürich haben zur Situation der zentralschweizerischen Hochschulplanung Stellung genommen und einstimmig folgende Resolution verabschiedet: «Mit starkem Interesse verfolgen wir die bisherigen qualitativen Beiträge der Zentralschweiz und insbesondere des Kantons Luzern zum schweizerischen Hochschulwesen.

Wir begrüssen die alternativen Strukturvorschläge Fachbereiche, Zentren – die drei geplanten Schwergewichte – Lehrerbildung, Ökologie, Sozialbeziehungen / Beratungsberufe – sowie die Organisationsform des Konkordates.

Wir schliessen uns der Meinung des Luzerner Erziehungsdirektors an, dass die finanzpolitischen Grundlagen im heutigen Zeitpunkt fehlen.

Das fehlende neue Hochschulförderungsgesetz wie auch die prekäre Lage der Luzerner Finanzen, aber auch die breite negative Stimmung der betroffenen Bevölkerung gegenüber der Exekutive rechtfertigt eine Verschiebung des Volksentscheides.

Der bisher gezeigte bildungspolitische Mut und die Weitsicht lassen uns und die kommenden betroffenen Zentralschweizer Studenten hoffen, dass das bestehende vollamtliche Hochschulplanungs-Instrumentarium nicht reduziert wird.»

ZH: Zürcherische Mittelstufenlehrer mehrheitlich gegen Französisch auf der Mittelstufe

Die Mehrheit der Mittelstufenlehrer im Kanton Zürich steht der Einführung des Französischunterrichtes auf der Mittelstufe der Primarschule (vierte bis sechste Klasse) skeptisch bis negativ gegenüber. Wesentliche Bedingungen, welche die Situation an der Mittelstufe verbessern sollten, müssen unbedingt vorgängig erfüllt werden. So wird erwartet, dass vorerst eine Überprüfung des gesamten Lehrplanes mit den entsprechenden Stundentafeln sowie die Senkung der Klassenbestände realisiert werde. Auch darf die Belastung des Mittelstufenschülers nicht mehr erhöht werden.

UR: Stellungnahme des Erziehungsrates zur Einführung und Koordination des Fremdsprachunterrichts in der obligatorischen Schulzeit

Auf die Vernehmlassung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren zum Bericht und Antrag der Expertenkommission zur Einführung und Koordination des Fremdsprachunterrichts in der obligatorischen Schulzeit hat der Erziehungsrat seine Stellungnahme abgegeben. Darin wurde auch die Umfrage der KLVU bzw. des Sekundarschulinspektors mitverwertet. Der Erziehungsrat hegt grosse Bedenken gegen die Realisierbarkeit des Postulats, den Französischunterricht bereits in der 4. Primarklasse einzuführen, ohne den bisherigen Stoff abzubauen. Sollte eine Vorverlegung trotzdem kommen, würde der Beginn im 5. Schuljahr bevorzugt. Der Erziehungsrat ist mehrheitlich der Auffassung, dass unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Kenntnisse und Gegebenheiten die Nachteile bei der Verwirklichung der Anträge überwiegen (z. B. Stoff- und Leistungsdruck). Trotzdem werden aber einige unzweifelhaft positive Aspekte des Berichts anerkannt. Sollten später positivere Erfahrungen vorliegen, ist der Erziehungsrat bereit, auf seine heutige Stellungnahme zurückzukommen.

NW: 8. obligatorisches Schuljahr

Der Kanton Nidwalden hatte bis anhin nur sieben obligatorische Schuljahre. Mit dem neuen Schulgesetz wird das achte Schuljahr ab 1975 eingeführt. Dies hat zur Folge, dass Schüler, die im Sommer 1975 ihr siebtes Schuljahr absolviert haben, zur Absolvierung des obligatorischen achten Schuljahres 1975/76 verpflichtet sind.

FR: Freiburger Uni mit neuem Rektorat

Ab 15. März übernahm Prof. Gaston Gaudard das Amt des Rektors der Universität Freiburg. Er ist der Nachfolger von Prof. E. von Overbeck.
Im bisherigen Rektorat amteten als Vizerektoren: Prof. Barthelemy, Prof. Faller und Prof. Lucchini. Dem neuen Rektorat gehören als Vizerektoren an: Prof. Barthelemy (bisher), Prof. Kleisli (neu) und Prof. Pfaff (neu). Wie bisher, gehört auch der Verwalter der Hochschule, Dr. Bischof, dem Rektorat an.

FR: Mehr schulfrei im Freiburgischen?

Der freiburgische Grosse Rat hat sich mit 74 gegen 35 Stimmen bei acht Enthaltungen aus «grundsätzlichen Erwägungen» gegen die Initiative zur Einführung eines dritten schulfreien Halbtags gewandt. Der Rat folgte damit den Ausführungen der Erziehungsdirektion, die ihrerseits die Verlegung des schulfreien Tages vom Donnerstag auf den Samstag vorschlägt. Über die Einführung von drei schulfreien Halbtagen wird nun das Volk innert 120 Tagen zu entscheiden haben. Der grossrätliche Entscheid seinerseits soll durch eine Dekretsvorlage bekräftigt werden.

AG: Einschulungsklasse in Wettingen gutgeheissen

Der Einwohnerrat Wettingen hat einstimmig einen Antrag gutgeheissen, im kommenden Frühjahr auf Gemeinderechnung und ohne staatliche Mithilfe eine zweite Einschulungsklasse für spätentwickelte Schüler zu schaffen. Dafür sollen zwei Kindergartenabteilungen aufgehoben werden, da die Kinderzahlen auch in der grössten Aargauer Gemeinde absinken.
Zu einer langen Debatte kam es erneut in der Frage, ob eine Erweiterung der Bezirksschule notwendig sei oder nicht. An einer Urnenabstimmung hatten die Stimmbürger im Dezember 1974 ein Projekt mit einer Kostenfolge von 9,5 Millionen Franken überraschend abgelehnt. Der Einwohnerrat beschloss, auf ein reduziertes Projekt einzutreten, konnte die Vorlage jedoch noch nicht zu Ende beraten.

TG: Run auf Kindergartenseminar

Für die Aufnahmeprüfung in das von der Schulgemeinde Amriswil getragene, neugegründete Kindergärtnerinnenseminar – es ist das erste im

Thurgau – haben sich 122 Mädchen und 2 Jünglinge, die den Beruf des Kindergärtners ausüben möchten, gemeldet. In die im kommenden Herbst beginnende erste Klasse können 24 Schüler aufgenommen werden.

GR: Demnächst Bündner Wirtschaftsgymnasium

Nachdem das Bündervolk einer Teilrevision des kantonalen Mittelschulgesetzes zugestimmt hat, beschloss die Regierung, die 3. Klasse des neuzuschaffenden Wirtschaftsgymnasiums an der Bündner Kantonsschule in Chur erstmals im Schuljahr 1975/76 zu führen. Gleichzeitig wird auf die Führung der 4. Klasse der Handelsmaturitätsabteilung alter Ordnung, die nunmehr durch den neuen Maturitätstypus E abgelöst wird, verzichtet. Die Einführung des Wirtschaftsgymnasiums, dessen Lehrplan ebenfalls genehmigt wurde, erfordert zudem eine Anpassung verschiedener regierungsrätlicher Verordnungen.

Umschau

Hochschulausgaben: 1 Prozent des Bruttosozialproduktes

Die Ausgaben der schweizerischen Hochschulen sind 1973 gegenüber dem Vorjahr um 19,5 Prozent auf 1,28 Milliarden Franken angestiegen. Beinahe ein Fünftel der Aufwendungen der öffentlichen Hand für Unterricht und Forschung entfallen auf die Hochschulen, während diese Quote 1960 noch 14 Prozent betrug. Im selben Zeitraum ist auch der Anteil der Hochschulausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte von 2,5 Prozent auf 4 Prozent gestiegen. Gemessen am Bruttosozialprodukt haben sich die Kosten der Hochschulen zwischen 1960 und 1973 von 0,4 auf 1 Prozent erhöht.

Das Wachstum der Hochschulausgaben ist, wie aus einer Statistik in der «Volkswirtschaft» ersichtlich ist, von einer Hochschule zur andern recht unterschiedlich. Am stärksten stiegen 1973 die Aufwendungen der Universitäten von Bern (+ 54,5 Millionen Franken), Zürich (+ 37,6 Millionen) und Genf (+ 32,9 Millionen) sowie der ETH Zürich (+ 51,7 Millionen), während die Universitäten von Neuenburg (+ 1,33 Millionen) und St. Gallen (+ 2,12 Millionen) die geringsten Zunahmen aufwiesen. Die Ausgaben der Universität Basel haben sogar um 9,54 Millionen Franken abgenommen, was jedoch auf aussergewöhnliche Umstände zurückzuführen ist.

Nichtakademischer Weg für Maturanden

Die schweizerische Arbeitsgemeinschaft für akademische Studien- und Berufsberatung (Agab) hat eine Dokumentation mit dem Titel «Nichtakademische Ausbildungswege für Mittelschüler» herausgegeben. Die Agab hält fest, dass es sich dabei nicht um eine Sammlung von eigentlichen Maturandenberufen handle, da es diese noch kaum gebe, sondern um eine Zusammenstellung von nichtakademischen Berufen, die von einem Mittelschüler mit mindestens elf Schuljahren als Alternative zu einem Hochschulstudium in Betracht gezogen werden könnte. Es werden etwa 150 Berufe beschrieben und zu jedem Hinweise auf die Art der Ausbildung und auf spezielle Voraussetzungen gegeben. Die Dokumentation kann bei den akademischen Berufsberatungsstellen der deutschen Schweiz ausgeliehen werden.

Jugend und Sex

Ein von der Stiftung Pro Dialog herausgegebenes Magazin für politische Weiterbildung behandelt in seiner neuesten Ausgabe Probleme des jugendlichen Sexuallebens. In Gesprächen mit dem Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Pfarrer W. Sigrist, und von katholischer Seite mit Professor Dr. A. Sustar, wird das Verhältnis der Landeskirchen zu Fragen der Moral untersucht. Der Leiter des Schulärztlichen Dienstes der Stadt Zürich, Dr. med. H. P. Bodmer, nimmt zum Problemkreis der Sexualaufklärung Stellung und weist auf die zahlreichen Schwierigkeiten sowohl einer mangelhaften wie einer übertriebenen Sexualaufklärung hin. Zitate der Basler Sexualpädagogin Dr. med. Helga Fleischhauer runden die umfassende Behandlung des Themas ab.

Die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien nehmen zu aktuellen Problemen wie Aufhebung des Konkubinatsverbotes, Einschränkung von Pornographie und Notwendigkeit einer verbesserten Sexualerziehung Stellung. Zur Frage einer Herabsetzung des Schutzalters bei Jugendlichen, dessen heutige Regelung von 16 Jahren für die Rechtsprechung zahlreiche Probleme aufwirft, führt die Stiftung eine Umfrage zuhanden des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Dr. Kurt Furgler, unter den jugendlichen Lesern durch. Ausserdem beinhaltet diese interessante Nummer noch die Ergebnisse eines Aufsatzwettbewerbes zum Thema: «Schweiz wohin? Leitbilder der Jungen», dessen beste Arbeiten publiziert werden.